

Umschau der Götterzeiten.

Berlin, 27. Okt. Der Pariser „Matin“ erklärt die Demission der drei deutschnationalen Minister für ein „abgelautes Spiel“, einen Akt der Erpressung am England und Frankreich, der darauf abziele, von den Alliierten ein Höchstmaß von Zugeständnissen herauszuschlagen. — Dazu sagt die „Tages Rundsch.“: Natürlich ist das eine ganz insame Verdehung der Tatsachen, denn in Frankreich und England weiß man ganz genau, daß der Rücktritt der drei deutschnationalen Minister und das Auscheiden ihrer Partei aus der Regierungskoalition von unseren leitenden Staatsmännern auf das tiefste bedauert wird und daß sie alles getan haben, um die Deutschnationalen von ihrem politischen nicht zu rechtfertigenden Verhalten abzuhalten. Sollte man wirklich das, was in Locarno über die Frage der Rüstung verhandelt worden ist, jetzt nach Tische in London und Paris anders lesen, so wäre das eine ganz unfaire Handlungswweise, durch die, das liegt auf den flachen Händen, den Bemühungen unserer Regierung, der neu entstandenen innerpolitischen Schwierigkeiten Herr zu werden, nur neue Hindernisse bereitstehen dürfen.

Die Wirkungen des Rücktritts beginnen.

Berlin, 27. Okt. Einer Korrespondenz zufolge soll jetzt, nach dem Rücktritt des Reichsinnenministers Schiele der Reichsschulgesetzwurf vom Reichsinnenministerium zurückgezogen werden, so daß seine Beratung im Reichskabinett hinfällig wird. Ferner soll der sozialdemokratische Staatssekretär Schulz, der von Schiele beurlaubt worden war, demnächst seinen Dienst im Reichsministerium des Innern wieder aufnehmen.

Belgien zieht seine Folgerungen.

Brüssel, 27. Okt. Die gesetzliche Eingliederung der von Deutschland am Belgien abgetrennten Bezirke Cuyenne, Malmedy und St. Vith in das Königreich Belgien ist jetzt durch ein im Brüsseler „Moniteur“ veröffentlichtes Dekret vollzogen worden. Am 1. Januar 1926 findet also die belgische Verfassung und Rechtsprechung auf diese ehemals deutschen Bezirke mit Ausnahme des bürgerlichen und Handelsrechtes Anwendung. Verschiedene Sonderbestimmungen sind über die Sprachenfrage, die Militärpensionen, die Dienstpflicht, über das Niedergangsgerecht der Aerzte, über Sozialversicherung, das Jagdgesetz und einige andere Nebenpunkte getroffen worden.

Zur Optantenfrage.

Berlin, 27. Okt. Nachdem in Polen in der Optantenpolitik ein Umschwung eingetreten ist, hat die preußische Regierung die Unfeindung ergehen lassen, daß die in der stürmischen Zeit als Repressalie verfolgten Ausweisungs. gängig gemacht werden.

Weitere Hinauschiebung der Räumung.

London, 27. Okt. „Evening Times“ melden, daß die in Köln von der Besatzungsbehörde ausgelöschten Kündigungen nicht auf den 1. Januar, sondern auf den 31. März 1926 laufen. Dennoch sei mit einer früheren Freigabe zu rechnen, teineswegs aber vor Ende Januar 1926.

Paris, 27. Okt. Die Botschafterkonferenz ist heute vorzeitig zu einer Sitzung zusammengetreten, der Marschall Foch betonte, und die von 11 Uhr bis 12,45 Uhr dauerte. Über die Sitzung ist eine Erklärung ausgegeben worden, die besagt: Die Konferenz hat über die Note der deutschen Regierung vom 28. Oktober verhandelt und das interalliierte Militärfikomitee in Berlin gebeten, ihr schließlich einen Bericht über die militärischen Fragen, die diese Note aufweist, zuformen zu lassen. Die Botschafterkonferenz hat andererseits die Prüfung der Maßnahmen begonnen, die, sobald der Zeitpunkt der Räumung der Kölner Zone durch die alliierten Regierungen festgestellt werden kann, durchzuführen sind, namentlich was die Frage der Verteilung der Truppen in den Gebieten betrifft, die noch besetzt bleiben.

Verhandlungen über Saarfragen.

Baden-Baden, 27. Okt. Die Verhandlungen, die vom 13. bis 27. Oktober zwischen deutschen Delegierten und einer Delegation der Regierungskommission des Saargebietes in Baden-Baden über eine Anzahl von Verwaltungsangelegenheiten stattgefunden haben, sind zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Eine Einigung ist u. a. erzielt worden über die Verminderung von Doppelbesteuerung und über die Rechtschäfte in Steuerfischen, sowie über die Durchführung des Reichsschulbesuches. Besonders langwierige Erörterungen ergaben sich bei der Frage der Beamtenpensionen. Es wurde in Aussicht genommen, Anfang Dezember wieder zusammenzutreffen, um alsdann die Pensionsfragen zugleich mit dem gesamten Komplex der Beamtenfragen zu behandeln.

Frankendämmerung?

Berlin, 28. Okt. Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung durch energisches Eingreifen die seit Wochen eingetretene und zum Teil rasche Fallbewegung der französischen Währung zum Stillstand und mit Erfolg zur Umkehr gebracht hat. Ueberraschend trat bereits am Montag eine erhebliche Besserung des Frankenkurses ein, so daß sich in Neunort die Devise Paris von ihrem Tiefland von 4,09% auf 4,29% erhöhen konnte. Am Berliner Devisenmarkt erholt sich der französische Franken am Dienstag von 17,14 auf 17,80, während der belgische Franc einen Rückgang von 19,10 auf 18,80% erfuhr. Wie es heißt, hat die Bank von Frankreich sowohl in Neunort als auch in London erhebliche Interventionen vorgenommen. Ob diese Stützung nur vorübergehender Natur ist oder aber den Beginn einer neuen Währungspolitik bedeutet, muß abgewartet werden. Es handelt sich keineswegs um ein Vorgehen nichtfranzösischer Interessenten gegen die Frankendämmerung. Der Herd der Frankendämme lag deutlich in Paris. Jedenfalls haben sich die deutschen Devisenmärkte im allgemeinen darauf beschränkt, mit einer gewissen Zurückhaltung den Vorgängen an den ausländischen Plätzen zu folgen. Die höchst tollspielen, Erfahrungen, die vor Jahresfrist gerade auch in Deutschland bei der seinerzeitigen Beteiligung an der Frankenspekulation gemacht wurden, waren eindeutig genug, um diesmal jedes Hervortreten einer deutschen Ultioität bei der Bewegung der Frankendämmerung auszuschließen.

Der Rücktritt des französischen Kabinetts.

Paris, 27. Okt. Um 2 Uhr nachmittags hat sich Ministerpräsident Painlevé zum Präsidenten der Republik begeben, um die Demission des Kabinetts zu überbringen. Der Präsident der Republik hat die Demission angenommen und im Verlaufe des Nachmittags bereits mit dem Senats- und Kammerpräsidenten über die durch die Ministrerkrise geschaffene Lage verhandelt. Um 6 Uhr abends verabschiedeten sich die Mitglieder des Kabinetts Painlevé vom Präsidenten der Republik.

Noch der Demission des Kabinetts gab Painlevé eine Erklärung ab, in der er den Rücktritt des Kabinetts mit der Unzufriedenheit im Kabinett über Caillaux Finanzvorstellung begründete. Zu den dringenden Aufgaben der Regierung gehörte vor allem eine stabile Parlamentsmehrheit, die für die Regierung in der Finanzpolitik jetzt nicht vorhanden wäre, so daß das Kabinett einmütig der Demission zugestimmt habe.

Paris, 27. Okt. Der Präsident der Republik hat heute abend die Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts mit der Weiterführung der laufenden Geschäfte beauftragt.

Paris, 27. Okt. Zum Rücktritt des Kabinetts Painlevé schreibt der „Tempo“ unter Bezugnahme auf den amtlichen Bericht, der davon spricht, daß der vom Finanzminister aufgestellte Sanierungsplan glänzend aufgenommen werde: Wie? Noch am Vormittag bestand keine wesentliche Meinungsverschiedenheit über den Plan Caillaux? Was politischen Gründen muß nun der Finanzplan eine neue Veränderung erleben? Was hat sich seit heute Vormittag ereignet? Es scheint, daß man auf die parlamentarische und politische Lage, wie sie in den letzten Parteidokumenten zutage getreten ist, hat Rücksicht nehmen müssen. In Wirklichkeit aber ist eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen dem gestern häufig entworfenen Finanzplan Caillaux, den für seinen Plan Monate Zeit hatte, und den Ansichten mehrerer und zwar nicht der unbedeutendsten Minister zugegangen.

Paris, 27. Okt. Caillaux erklärte seinen Freunden, er bleibe auch nach der Niederlegung seines Postens als Finanzminister im politischen Kampfe. Er werde aber das Kabinett, das seine Pläne querst gebilligt, dann aber wegen der Beziehungen der Minister zu den Großbanken deren Durchführung sabotiert hätte, so bekämpfen, wie er im Kriege die Politik Poincaré als schädlich und unverständlich hingestellt habe.

Demokratie in der Praxis.

Darmstadt, 27. Okt. Zwischen der Technischen Hochschule und der hessischen Staatsregierung (deren Leiter bekanntlich ein Sozialdemokrat ist, G. B.) ist es zu einem Konflikt gekommen, da die Regierung eine freigewordene Professur nicht gemäß den Vorschlägen von Rektor und Senat, sondern unter Rücksichtnahme der drei von der Hochschule vorgeschlagenen Herren mit dem überhaupt nicht auf der Liste stehenden Prof. Goldstein beklebt hat. Infolgedessen haben Rektor und Senat der Technischen Hochschule die für Mittwoch angelegte feierliche Übergabe des Rektorates abgesagt. In einer Erklärung der Hochschulinstanz an die Öffentlichkeit heißt es, daß durch die Regierung die Hochschule in eine Lage versetzt worden wäre, die es ihr natürlich erscheinen lasse, die Feier nicht abzuhalten.

Das Gesetz des Faschismus.

Rom, 27. Okt. Mussolini hat zu der bevorstehenden Dreijahrfeier der faschistischen Herrschaft ein Manifest erlassen, in dem er auf die Erfolge dieser Zeit hinweist, nämlich auf die Vernichtung des alten demokratisch-liberalen Systems, auf die Grundlegung zum faschistischen Staat durch ein organisches System von Gesetzen und endlich auf das Ultimum der großen Werke während dieser Zeit für das Reich. Darum müsse man fortsetzen auf den beschrittenen Wegen. Die Legionen müssen sich immer eiserner zusammenfassen, immer disziplinierter, und wenn es nötig ist, gegen alle stehen. An die italienischen Vertreter im Auslande ist der Befehl ergangen, in den italienischen Schulen den 28. Oktober als Festtag zu begehen.

Die Balkan-Wirren.

Die Schieberei geht weiter.

Sofia, 27. Okt. In Richtung Petritsch unterhielten heute die Griechen zwischen 12 und 1 Uhr mittags Gewehr und Maschinengewehrfeuer. Zu gleicher Zeit befahl griechische Artillerie das Dorf Petrovo.

Verhandlungsversuche.

Sofia, 27. Okt. Zu der Athener Meldung über einen Schritt des rumänischen Gesandten in Athen erfährt die bulg. Telegraphenagentur, daß sich die bulgarische Regierung tatsächlich um die Vermittelung sowohl Rumäniens wie der anderen Mächte zur Beilegung des griechisch-bulgarischen Streites bemühte, doch dies aber geschah, bevor der Volkerbundrat mit der Angelegenheit befaßt wurde. Gestern sprach die bulgarische Regierung durch Vermittelung des rumänischen Gesandten in Sofia und des Geschäftsträgers in Athen ihren Dank aus, betonte jedoch dabei, daß Bulgarien, nachdem die Frage in die Hände des Volkerbundrates gelegt sei, nicht unmittelbar mit Griechenland verhandeln könne.

Wer hat angefangen?

Paris, 27. Okt. Heute setzte der Volkerbundrat die Prüfung des griechisch-bulgarischen Grenzstreitfallen fort. Die Vertreter der beiden interessierten Mächte legten den Standpunkt ihrer Regierungen dar. Der Vertreter Bulgariens erklärte, daß in keinem Augenblick bulgarische Truppen griechisches Gebiet befreit hätten oder dorthin vorgezogen seien. Der Vertreter Griechenlands betonte, daß der griechische Bormartisch nach der Gebietserverlegung durch bulgarische Truppen stattgefunden und einen vom technischen und politischen Gesichtspunkte aus defensiven Charakter gehabt habe.

Berlin, 27. Okt. Zu Ehren Macdonalds gab Dr. Stresemann heute ein Frühstück, an welchem u. a. der englische Botschafter, der Reichskanzler a. D. Marx, die Minister a. D. Koch, Scholz und Müller-Franzen, sowie die Abge. Weiz und Drewitz, ferner Vertreter der Wirtschaft und eine Unzahl hoher Beamten des Auswärtigen Amtes teilnahmen.

Der Dolchstoß-Prozeß.

Die sozialdemokratischen Unschuldsmänner.

München, 27. Okt. In der heutigen Verhandlung wurde die Verneinung des Zeugen Erich Ruttner fortgeführt.

In seiner Fragestellung geht Rechtsanwalt Graf Pestalozza auf die von dem Zeugen angeführten Beschwerden der Soldaten über Behandlung seitens des Offizierskorps, Verpflegung usw. ein und stellt die Frage, ob der Zeuge die Beschwerden, die ihm zugegangen seien, eingehend geprüft oder ohne weiteres als richtig unterstellt habe. Der Zeuge antwortet, die Prüfung sei ihm unmöglich gewesen, da er sonst ein ganzes Büro mit tausend Angestellten hätte einrichten müssen. Es gäbe aber ein bestimmtes Maß von innerer Wahrscheinlichkeit. Wenn er eine persönliche Absicht in den Beschwerden festgestellt habe, so seien sie für ihn erledigt gewesen.

Rechtsanwalt Graf Pestalozza weiß dann auf die Aussagen des Majors von Manten hin, der festgestellt habe, daß man an maßgebender Stelle allen Beschwerden nachgegangen sei und daß bei eingehender Prüfung dieser Beschwerden nur eine einzige begründet gewesen sei.

Der Zeuge steht auf dem Standpunkt, daß das sehr gut möglich sei. Er ist der Meinung, daß die Mannschaften mit der Wahrschau aus Furcht vor Strafe zurückhaltend gewesen seien.

Rechtsanwalt Graf Pestalozza erklärt, daß sich der Zeuge bewußt sein müsse, daß alle diese Fragen wohl lediglich auf der persönlichen Autorität seines Urteils beruhen.

Zeuge Ruttner antwortet, daß er im Verlaufe seiner Vernehmung in der Lage gewesen wäre, einen großen Teil seiner Behauptungen mit Originalen zu belegen.

Auf die Frage, welchen Eindruck auf Grund der eingerungenen Beschwerden er von seinem Standpunkt als vaterlandsliebender Mann gehabt hätte, antwortet Ruttner, er habe den Eindruck gehabt, daß diese Mäßigkeiten eine ungeheure Gewalt für das Vaterland dargestellt hätten. Das positive Moment der Begeisterung für das Vaterland sei durch das negative Moment der Verürgung, durch schlechte Behandlung und Verpflegung zerstört worden. Jede öffentliche Kritik sei unmöglich gewesen, da die Vorzensur alle Nachrichten unterdrückt hätte, die sich mit den Verhältnissen an der Kampffront und in der Clappe beschäftigten.

Auf die Frage, ob dem Zeugen bekannt sei, daß die „Süddeutschen Monatshefte“ bereits in früheren Heften ähnliche Alogien in Aufsätzen behandelt hätten, wie sie der Zeuge hier vorgetragen habe, antwortet Ruttner, daß ihm bekannt sei, daß auch rechtsstehende Persönlichkeiten Kritik an den von ihm gleicherweise angeführten Zuständen geübt hätten.

Hierauf wurde der Reichstagsabgeordnete Dr. Landsberg (Soz.) als Zeuge vernommen. Er erklärte, er stehe der Dolchstoßlegende nicht mit Entrüstung, sondern mit Trauer gegenüber, weil er überzeugt sei, daß die Vergiftung der politischen Atmosphäre, die durch diesen Vorwurf bewirkt worden sei, nicht so leicht beseitigt werden könne. Er wies den Vorwurf, die Sozialdemokratie habe planmäßig die Revolution vorbereitet, zurück. Kein Wort davon sei wahr. Zu der Fortberührung nach Abdankung des Kaisers weiß der Zeuge darauf hin, daß diese Forderung der Sozialdemokratie auf der allgemein bekanntgewordenen Tatsache beruht, daß Amerika, England und Frankreich jeden Frieden ablehnten, wenn nicht ein Sieg in der obersten Spize erfolge. Jedenfalls hätten die sozialdemokratischen Führer im Belagerungsfalle nicht mit der Revolution gedroht.

Es wird dann der Zeuge Erhard Außer vernommen, der zu den Veröffentlichungen in den „Süddeutschen Monatsheften“ erklärt, daß den Sozialdemokratie durch diese Publikation bitteres Unrecht geschehen sei. Man habe das Gefühl, daß mit dieser Arbeit die Träger und Beteiligte der heutigen Stadtkampf eingedrungen mit dem Rufe, daß die Dreiheit da wären. Es forderte die Einwohner zum Aufstand auf. Daraufhin wurden die Polizeiposten angegriffen und ein französischer Offizier erschossen. Die Einwohner schlossen sich den Einwohnern an. In dem Feuergefecht, das sich dann entspannte, fielen viele 100 Franzosen im Kampf. Die französische Führung warf Tanks und Panzerautos in das Gefecht, von denen den Aufständischen schwere Verluste zugefügt wurden. Diese setzten trocken hinter Barrikaden das Feuergefecht fort und stellten verschiedene Stadtviertel in Brand. Die französische Besetzung der Stadt dauerte von Sonntag Nacht bis Dienstag. Viele öffentliche Gebäude wurden zerstört. Die Zahl der auf den Straßen liegenden Leichen wird auf mehrere 100 geschätzt, während ungefähr 2000 unter den Trümbern verschüttet liegen müssen. Es wird behauptet, daß die Aufständischen in die Umgebung von Damaskus geflüchtet seien und daß mit weiteren Kämpfen zu rechnen sei. Darauf wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Die Beschießung von Damaskus.

London, 27. Okt. Neuter meldet aus Kairo: Obwohl die Nachrichten über die letzten Ereignisse in Damaskus auseinandergehen, ist es doch offensichtlich, daß die Stadt zwischen dem 18. und 20. d. M. eine furchtbare Heimstürzung erlitten hat. Ein Bandenführer war in eines der Stadtviertel eingedrungen mit dem Rufe, daß die Dreiheit da wären. Er forderte die Einwohner zum Aufstand auf. Daraufhin wurden die Polizeiposten angegriffen und ein französischer Offizier erschossen. Die Einwohner schlossen sich den Einwohnern an. In dem Feuergefecht, das sich dann entspannte, fielen viele 100 Franzosen im Kampf. Die französische Führung warf Tanks und Panzerautos in das Gefecht, von denen den Aufständischen schwere Verluste zugefügt wurden. Diese setzten trocken hinter Barrikaden das Feuergefecht fort und stellten verschiedene Stadtviertel in Brand. Die französische Besetzung der Stadt dauerte von Sonntag Nacht bis Dienstag. Viele öffentliche Gebäude wurden zerstört. Die Zahl der auf den Straßen liegenden Leichen wird auf mehrere 100 geschätzt, während ungefähr 2000 unter den Trümern verschüttet liegen müssen. Es wird behauptet, daß die Aufständischen in die Umgebung von Damaskus geflüchtet seien und daß mit weiteren Kämpfen zu rechnen sei.

Paris, 27. Okt. Nachrichten aus Damaskus besagen, daß es dort nicht gut stehe. Die Frauen und Kinder hätten die Stadt verlassen müssen.

Berlin, 27. Okt. In der Zeit von Anfang bis Mitte Oktober ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 206 000 auf 298 000, d. h. um rund 12 Prozent, die der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) von 325 000 auf 388 000 gestiegen.

Berlin, 27. Okt. Im Bandespandbriefprozeß beantragte der Staatsanwalt folgende Strafen: Gegen den Angeklagten Rehrling wegen Willkürübel, Betrugs und Untreue insgesamt 9 Monate Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe (für die Gefängnisstrafe wird bedingte Begnadigung empfohlen), gegen den Angeklagten Lüders insgesamt 1 Jahr Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe und Überfälligung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren, gegen die Angeklagten von Eichendorf, von Karstädt und von Tarlowitz Gefängnisstrafen von je einem Jahre 9 Monaten.

Termine an
jungfräulichen
prinzen
Unterschlägen
den. Er ist
teil verhant
die geistige
ergeben ha
da er uns
Unterbring
ich sei. C
Gitter seine
hatte.

Münd
non der r
sammlung
deshalb zu
Bere
Natio
demokrati
Gruppe 3
Konfervati
8 (10), Pa

Die
Auf d
Vor
Beschluß g
tag zu er
dringlich
werben.
Der
allen Spar
liche Folge
der Sparte
leichtnig
auch nich
sich daher
in dem A
einfache Lo
Wen je
aber die u
ist, sich an
diese Geleg
seiner Bed
überhaupt
Rut e
schaftlichen
seinen Bla
ausreichen
Unabhängi
für die De
geworden i
Welt. Die
der, deren
zur Bebau
und unter
nicht vo
führt.
Spa
lichen Ent
sparen und
frau wie f
Wert für d
tiven Spar
Unternehm
gemeinnütz
mehr den
schaft die
unserer W

Die
auf. In der
größten Te
möglich prä
die Erzieh
dem jungen
Sinn für d
lebt aber d
Hilfe der E
nen richtet
seinem Teil
Wirtschafts
Wer stra
ber hilft de
Wer s

**** Zei**
rige Hausn
britten Sto
der Stelle

**** Dre**
der bei sein
sächsidentlich<br